

## RESPEKT, SCHÜTZEN, FÖRDERN

Berlin, 15. Dezember 2018

Verfasst von: Sven Mohr / Heidi Bauer-Felbel

Herausgegeben von: Funktionsbereich der Kinder- und Jugendhilfe des DBSH

Der 10. Dezember 1948 ist seit nunmehr 70 Jahren ein ganz besonderer Tag. An diesem Tag verkündete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Zu diesem Jubiläumstag lud die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ am 7. Dezember 2018 zu einer Konferenz unter dem Motto „RESPECT. PROTECT. PROMOTE. 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, ein. Neben Vorträgen, konnten sich die Teilnehmer\_innen an acht verschiedenen Panels aktiv beteiligen. An der ganztägigen Konferenz, welche im Bundestag stattfand, wurde mit Gästen und Expert\_innen aus der ganzen Welt über Handlungsoptionen für die Stärkung, Umsetzung und Weiterentwicklung von Menschenrechten diskutiert. Den "Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V." (DBSH) vertrat die Sprecherin des Funktionsbereiches der "Kinder- und Jugendhilfe", Heidi Bauer-Felbel.

"Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren", so der erste Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Dieser Passus garantiert jedem Menschen die gleichen Rechte. Dabei spielt es keine Rolle von Herkunft, Staatsangehörigkeit, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, sexueller Orientierung, Identität oder seinem Vermögen. Diese Allgemeine Erklärung, welche 1948 in Paris verkündet wurde, entstand nach dem zweiten Weltkrieg. Die Welt erlebte nach dem Ende des Krieges, wohin die Verachtung der Menschenwürde geführt hatte - ins Chaos. Die neue Erklärung sollte eine Grundlage für die Gemeinschaft sein und dahingehend Frieden und Gerechtigkeit sicherstellen. Der Mensch sollte in seiner jeweiligen Individualität anerkannt und geschützt sein.

70 Jahre später gilt es einen kritischen Blick auf das aktuelle Geschehen zu richten. Es kommt auch in Europa immer noch zu Ausbeutung und Zwangsarbeit. Besonders Frauen sind betroffen. Auch die Anforderung nach einer Modernisierung des Einwanderungsgesetzes muss immer noch gestellt werden. Die schwächste und schutzbedürftigste Gruppe innerhalb unserer Gesellschaft sind die Kinder. In unserer modernen Gesellschaft werden auch ihre Rechte weltweit immer noch missachtet und verletzt. Über den ganzen Tag standen die über 200 Besucher\_innen im Dialog mit den Bundestagsabgeordneten\_innen der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ und weiteren Experten\_innen. Authentisch und emotional erlebbar wurde die kritische Situation der Menschenrechte in der Welt vor allem durch die anwesenden Augenzeugen, Betroffenen und internationalen Helfer, wie beispielsweise die Trägerin des Sacharow-Preises 2016, Lamija Adschi Baschar, die Sprecherin SOS MEDITERRANE, Micha Fritz, dem Gründungsmitglied von "Viva con Agua", Micha Fritz, oder der Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte in Berlin, Beate Rudolf.

Am Panel "*Kinderrechte global - Wie können wir Schutz, Beteiligung und Diskriminierungsfreiheit befördern?*" nahm die Sprecherin des Funktionsbereiches der "Kinder- und Jugendhilfe" des "Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V." (DBSH) teil. Zu den geladenen Expertinnen zählten die Vorsitzende der Geschäftsführung Plan International aus Hamburg, Maïke Röttger, sowie die Sprecherin der "National Coaliti

## Nachrichten

on Deutschland" in Berlin, Luise Pfütze. Moderiert wurde dieses Panel durch die Sprecherin für Kinder- und Familienpolitik Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Katja Dörner.

Die 40 Teilnehmer\_innen diskutierten darüber, welche konkreten Schritte notwendig seien, um die bestehenden Kinderrechte in vollem Umfang umzusetzen. Neben den globalen Rechten der Kinder in der Welt, ging es speziell auch um die Situation der Kinder hierzulande. Dabei geht es um die Möglichkeiten, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern und um die anstehende Novellierung des SGB VIII.

Die Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" forderte die Bundesregierung im Juni 2017 in einem Entschließungsantrag auf, unmittelbar und unter intensiver Beteiligung der Fachverbände der Expertinnen und Experten, ergebnisoffen und transparent im Dialog eine Reform des SGB VIII zu erarbeiten. Dies sollte unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung einer „Inklusiven Lösung“ in der Kinder- und Jugendhilfe, klarer Regelungen zur Einführung von Ombudschaften, einer Weiterentwicklung der Hilfen für junge Volljährige (den sogenannten „Care Leavern“), einer umfassende Reform des Pflegekinderwesens und einer Weiterentwicklung des Kinderschutzes erfolgen. Hier sieht der DBSH weitergehenden Handlungsbedarf.

„Neben einer inklusiven Erweiterung der Kinder- und Jugendhilfe, braucht es zuvor eine realistische Sicht auf Arbeitsbedingungen, Stellenaustattungen, eine Determinierung des Fachkräftegebotes und von Fallzahlenobergrenzen sowie die gesetzliche Sicherung der Arbeitsmethoden der Sozialen Arbeit,“ so Heidi Bauer-Felbel am Ende der Konferenz.